

70. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Jänner 1956

419/J

A n f r a g e

der Abg. K i n d l, Dr. K r a u s und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend Vorfälle nach dem Zusammenbruch 1945 in Wr. Neustadt.

-.-.-.-

Die unterzeichneten Abgeordneten hatten Gelegenheit, am 12. Dezember 1955 unter 393/J an den Herrn Bundesminister für Justiz eine Anfrage in obbezeichneter Angelegenheit zu richten. Der Herr Bundesminister für Justiz gab unter dem 15. Dezember 1955 mit 369/AB. bekannt, daß gegen den in der Öffentlichkeit Hauptbeschuldigten, Josef Gneist, ein Strafverfahren wegen angeblicher Häftlingsmißhandlungen beim Kreisgericht Wr. Neustadt anhängig ist.

Der Herr Bundesminister für Justiz hat aber auch wegen eines weiteren Vorfalles in dieser Angelegenheit mitgeteilt, daß er bereits die Staatsanwaltschaft Wr. Neustadt beauftragt habe, die laufenden Erhebungen der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich zur näheren Klärung des Sachverhaltes fortsetzen zu lassen.

Wie nun bekannt wurde, ist seit dieser Anfragebeantwortung die Untersuchung in dieser Angelegenheit nicht vorgeschritten. Im Gegenteil, diejenigen Zeugen, die anlässlich der durch die Sicherheitsdirektion geführten Erhebungen zur Polizei vorgeladen wurden, erhielten die Nachricht, daß ihre Aussagen nicht abgegeben werden müßten.

In der Öffentlichkeit setzte sich wegen dieses Vorgehens der Polizeibehörde hartnäckig das Gerücht fest, daß nunmehr "höhererseits" die Erhebungen eingestellt worden seien, vermutlich deshalb, weil durch sie maßgebende Persönlichkeiten des Wr. Neustädter öffentlichen Lebens belastet worden wären.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e s

Ist der Herr Bundesminister bereit, mitzuteilen, welche Bewandtnis es hatte, daß die polizeilichen Erhebungen in dieser Sache plötzlich eingestellt wurden?

-.-.-.-